



Aktivistinnen Karantza, Xydia in Athen*: „Sie haben uns behandelt wie unmündige Kinder“

GRIECHENLAND

Lebenszeichen aus Athen

Die Krise hat eine Generation von jungen, aufbegehrenden Bürgern hervorgebracht. Dem Stillstand begegnen sie mit Gemeinsinn, Kooperativen und kreativen Ideen.

Es gibt da eine Frage, die Mary Karantza schon seit längerem umtreibt, sie stellt sie auch an diesem August-Nachmittag wieder. Diesmal allerdings laut. Die Frage lautet: Was unterscheidet Griechenland von Resteuropa?

Warum ticken die Griechen anders als die Deutschen? Warum leben sie jahrelang unbekümmert über ihre Verhältnisse, verweigern ihrem Staat die Steuern und werfen ihren Müll ungetrennt in große Container, obwohl sie wissen, dass er auf illegalen Deponien entsorgt wird?

Karantza sitzt in ihrem hellen, loftartigen Büro, der Weg dorthin führt durchs Zentrum Athens, ein Stahltor mit Gegensprechanlage sichert den Zugang zum Gebäude. Die Junkies hier in Psiri, so erklärt Karantza, spritzten sich seit kur-

zem einen Cocktail, versetzt mit Batterie-säure. Seither seien sie unberechenbar.

Mit ihren Fragen will die 33-jährige Designerin, schmal und im schwarzen Jerseykleid, nicht etwa unfreundliche Klischees über die Griechen aufzählen, im Gegenteil. Sie will mit diesen Klischees aufräumen, der Moment dafür sei gekommen, sagt sie. Ihr Loft dient als Labor. Das Experiment: eine griechische Zivilgesellschaft aufzubauen. Karantza ist, zusammen mit Ähnlichdenkenden, Pionierin dieser neuen Bewegung.

An einer Glasscheibe in ihrem Büro klebt in dicken, roten Lettern ein Bukowski-Zitat: „A chance for change is somewhere.“ Irgendwo existiert eine Chance auf Veränderung.

Man muss sie nur suchen. Für Karantza bedeutet die Krise diese Chance. Sie hat, gemeinsam mit Stephania Xydia, 26, „Imagine the City“ gegründet. Die Nicht-

regierungsorganisation ist eine Koordinierungsstelle für Bürgerinitiativen, zugleich aber auch eine Art Umerziehungsmaßnahme mit dem Ziel eines besseren Managements in Städten und Dörfern.

Die Griechen, sagt Stephania Xydia, hätten nie gelernt, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, es selbst zu gestalten. „Der Staat hat uns behandelt wie unmündige Kinder, und die meisten waren froh darüber.“ Sie selbst ist in Luxemburg aufgewachsen, hat in England studiert. Erst 2011 ist sie nach Athen zurückgekehrt, ihren Job als Unternehmensberaterin in London hat sie aufgegeben. Ihren Eltern war das nicht recht. Was willst du in Athen?, fragten sie. Etwas tun, antwortete die Tochter.

Jetzt hält sie gemeinsam mit Karantza die lokalen Behörden in ganz Griechenland auf Trab. Seit es „Imagine the City“ gibt, können die Bürger untereinander leichter Informationen austauschen, Gutachten und Statistiken etwa. Bürgermeister können nun nicht mehr schnell ein neues Rathaus oder einen neuen Dorfplatz bauen, Dinge, die niemand braucht – außer den Verantwortlichen, die die Aufträge ihren Freunden zuschanzen.

Es bewegt sich etwas in Griechenland in diesen Monaten. Es wird nicht mehr nur gestreikt, gezetert und aus Protest mit Joghurt geschmissen. Es bildet sich, ausgelöst durch die Krise, ein neues Be-

NIKOS PILOS / DER SPIEGEL

* Im einst verwahrlosten Teil der Hauptstadt in einer Gasse, die sie mit neuen Lampen versahen.

wusstsein, ein Gemeinsinn, der vorher so nicht vorhanden war.

Es gibt nun zivilen Widerstand, der andere Ziele hat, als lediglich eigene Interessen durchzuboxen.

In Thessaloniki wehren sich Bürger nicht einfach nur gegen die geplante Privatisierung der städtischen Wasserwerke, sondern sie haben als Kollektiv selbst ein Angebot für den Kauf eingereicht. „136“ heißt die Bewegung, weil jeder, der mitmacht, 136 Euro zahlen müsste, sollten die Behörden auf das Angebot eingehen.

Auf der Halbinsel Chalkidiki protestieren die Bewohner auf einmal dagegen, dass eine kanadische Firma dort, gemeinsam mit einem griechischen Baulöwen, Gold abbauen will. Dabei war Umweltschutz bisher keine besonders griechische Tugend.

Was also geschieht da gerade im Land, was ist los mit den Griechen?

Es gehe nicht unbedingt um Mentalitäten, sagt Mary Karantza: „Lebt ein Grieche in Dänemark, verhält er sich irgendwann wie ein Däne, zahlt Steuern und trennt den Müll. Ein Deutscher hingegen, der auf dem Peloponnes wohnt, hört auch auf, seine Wasserrechnung zu bezahlen – weil sie sowieso nur unregelmäßig bei ihm eintrifft und keiner danach fragt.“

Die Spielregeln des Staates, sagt Karantza, bestimmten die Handlungsweise einer Gesellschaft. Und für die meisten Griechen war der Staat lange vor allem ein Feind. Das Gemeinwesen wurde sabotiert, wo immer es möglich war. Das fing bei sich hemmungslos bereichernden Politikern an und hörte beim Taxifahrer auf, auch jetzt ist das manchmal noch so. Es war ja allen egal.

„Andere Völker haben Institutionen, wir haben Luftspiegelungen“, schrieb der Autor Nikos Dimou 1975 in seiner berühmten Aphorismensammlung „Über das Unglück, ein Grieche zu sein“.

Im sechsten Jahr der Krise sind selbst die Scheininstitutionen im Untergang begriffen: Das Gesundheitssystem ist so gut wie kollabiert. Die nationale Gesundheitsbehörde schuldet ihren Trägern mehr als zwei Milliarden Euro. Und der Staat selbst steht bei der Privatwirtschaft mit etwa sieben Milliarden Euro in der Kreide.

Der Staat ist am Ende, finanziell und moralisch. Das ist keine ausschließlich schlechte Nachricht.

Es sind die alten Spielregeln, die Griechenland in die Krise geführt haben. Die politische Klasse mag sie vorgegeben haben, aber fast jeder hat sich daran gehalten. Jetzt ist das Spiel zu Ende, es ist kein Geld mehr da für Fakelaki und Rousfeti, Korruption und Vetternwirtschaft, bisher zwei Grundprinzipien des griechischen Gemeinwesens.

Und so gibt es plötzlich Raum für diejenigen, die neue Regeln aufstellen wollen. Für Veränderung. Für mehr Miteinander. 3000 Initiativen wurden in den vergangenen drei Jahren gegründet, überall in Griechenland. Sie alle haben dasselbe Ziel: etwas besser zu machen als zuvor. Es gibt jetzt Lebensmittelkooperativen, Gemeinschaftsgärten, soziale Apotheken, Nachbarschaftshilfe für die Ärmern.

„Jahrzehntelang zählte für uns nur der BMW vor der Tür und die Miele-Waschmaschine im Bad“, sagt Andreas Roumeliotis, ein ehemaliger Journalist, der die Bemühungen der jungen griechischen Zivilgesellschaft in einem Buch zusammengefasst hat. „Ich kann auch ohne Euro“ heißt es, und der Titel spielt nicht etwa auf die Rückkehr zur Drachme an, sondern darauf, dass Griechenland auch ohne BMWs ein reiches, weil fruchtbares Land ist.

Neunmal hat Roumeliotis, 52, in den vergangenen drei Jahren seinen Job verloren. Bevor Premierminister Antonis Samaras den Staatssender ERT von einem Tag auf den anderen schloss, hatte er dort eine Radiosendung. Im Augenblick lebt der Journalist auf Kreta und bastelt an einem sozialen Netzwerk: Unter der Adresse enallaktikos.gr sollen von September an alle sozialen Bewegungen im Land erfasst sein; die neue Infrastruktur der Solidarität, ob Suppenküche oder Kleiderbasar, kann dann auf Google Maps abgerufen werden.

„Was wir jetzt leisten müssen, ist eigentlich Aufgabe des Staates“, sagt Roumeliotis. Aber der Staat ist am Ende, finanziell und moralisch. Das ist keine ausschließlich schlechte Nachricht. Es ist kein sanfter Umbruch, der da stattfindet. Eher ein recht brutales Erwachen.

Allein auf Kreta gibt es mittlerweile fünf alternative Währungen. Bezahlt wird mit Dienstleistungen statt Euro, die eigentliche Währung aber heißt Vertrauen. Wenn der Schreiner einen Anwalt braucht, zimmert er ihm für seine Beratung anschließend einen Stuhl.

In Athen gibt es Cafés, in denen ein Gast jeweils den Cappuccino für einen



Demonstrierende Umweltschützer auf Chalkidiki: Bewusstsein, das vorher so nicht vorhanden war

NIKOS PILOS

Unbekannten mitbezahlt, so dass auch Menschen, die sich das nicht mehr leisten können, hin und wieder ein Café besuchen. In Thessaloniki darf man seine Theaterkarte mit Lebensmitteln begleichen.

Hätte die neue Solidarität im Land eine Ikone, Giorgos Vichas wäre in der engeren Auswahl. Der 55-jährige Kardiologe betreibt eine Klinik in einem Container auf der alten Luftwaffenbasis Elleniko im Süden Athens. Er arbeitet ehrenamtlich, zusammen mit 90 anderen Ärzten, fast alle Fachrichtungen sind vertreten. Geräte, Betten, Stühle und Medikamente sind Sachspenden; Geld nehmen Vichas und seine Kollegen nicht an.

Gemeinsam ersetzen sie seit fast zwei Jahren den Staat, der die medizinische Grundversorgung seiner Bürger nicht mehr garantieren will und kann, weil diese sich ihre Versicherungen nicht mehr leisten können.



Kardiologe Vichas: Ikone der neuen Solidarität

Mittlerweile sitzen jeden Monat bis zu 3000 Patienten in dem Warteraum, der aussieht wie eine provisorische Bushaltestelle. Die Zahl steigt weiter an. Trotzdem ist die Klinik nur auf den ersten Blick ein Symbol für das griechische Elend. Sie ist auch ein Beleg für den neuen Zusammenhalt.

Griechen, die gemeinsam etwas auf die Beine stellen, ohne dafür bezahlt zu werden, habe er vorher einfach nicht gekannt, sagt Giorgos Vichas: „Ich hätte nie geglaubt, dass eine Gesellschaft, die so lange derart oberflächlich war, sich solidarisch verhalten kann.“

Bis zur Krise, sagt Vichas, habe nur die eigene Familie, das eigene Wohl gezählt. Jetzt gebe es zwar weniger Wohlstand, dafür aber mehr Anteilnahme und Mit-

gefühl. Die Krise bringt das Gute in den Griechen wieder zum Vorschein.

Mary Karantza und Stephania Xydia, die beiden Frauen von „Imagine the City“, haben mit Hilfe ihres Netzwerks im vergangenen Winter 200 Lampen in einer unbeleuchteten Straße im Athener Zentrum angebracht. Aus der ganzen Stadt kamen Leute, um zu helfen, jeder mit einem Lampenschirm. Die Aktion erregte derart Aufsehen, dass Coca-Cola sich als Sponsor anbot. Der Bürgermeister hat den Frauen eine Dankeskarte geschickt.

Seit langem versucht die Stadt, ihr Zentrum wieder bewohnbar zu machen – derzeit leben hier vor allem Flüchtlinge und Drogensüchtige. Mit den neuen Lampen haben Karantza und Xydia mehr erreicht als die Sonderkommandos, die der Innenminister regelmäßig schickt. In der Straße haben seither neue Läden eröffnet, einmal in der Woche wird Tango getanzt, Studenten wollen jetzt wieder hier wohnen.

Es sind vor allem die Jüngeren, die den Aufbruch wollen und dafür hart arbeiten. Die Älteren haben das nie gelernt, sie hatten sich eingerichtet in einem System, in dem nicht Leistungen zählen, sondern die Verbindungen zu denen, die mehr Einfluss haben. Der größte Wunsch der Eltern für ihre Kinder war in ganz Griechenland lange Zeit derselbe: ein Job im öffentlichen Dienst.

Die Eltern mögen sich durch die Krise nicht sehr verändert haben, ihre Kinder aber umso mehr. „Viele suchen immer noch nach einem Heilsbringer in der Politik, nach jemandem, der sie füttert“, sagt Mary Karantza.

Sie hat oft überlegt, ihr Land zu verlassen. Bis vor kurzem hat sie ihr Büro mit zwei Modedesignerinnen geteilt, die eine lebt jetzt in Los Angeles, die andere in Berlin. „Es gibt hier so viele Möglichkeiten, etwas zu verändern“, sagt sie, „wir dürfen nicht gehen.“

Im Herbst starten die beiden Frauen ihr neues Projekt. Dabei geht es nicht mehr um Städte, sondern um den Staat.

Die beiden planen eine Art Verfassungskonvent, sie haben ihrem Vorhaben einen großen Namen gegeben: Politeia 2.0. Alle, die etwas Neues wollen für Griechenland, sollen mitmachen. Giorgos Vichas, der Kardiologe, hat bereits zugesagt.

Sie wollen sie wirklich ändern, die Spielregeln.

JULIA AMALIA HEYER

TÜRKEI

Jede Menge Staatsfeinde

Im Ergenekon-Prozess gegen angebliche Verschwörer wurden auch Oppositionelle verurteilt. Darunter sind drei Journalisten, die in Deutschland Schutz suchen.

Seit zwei Tagen ist Adnan Türkkan ein verurteilter Terrorist. Nun sitzt der junge Türke, 30 Jahre alt, angezogen wie fürs Büro, mit blauem Hemd und grauer Anzughose, in einer Kellerwohnung in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs. Und überlegt, ob er wieder zurückkehren will in seine Heimat. Oder ob er in Deutschland Asyl beantragen sollte. An diesem Mittwoch ist er noch unsicher.

Am 5. August wurde der Studentenfürher und Fernsehjournalist von einem Sondergericht in Abwesenheit für schuldig erklärt, Mitglied der „bewaffneten Terrororganisation Ergenekon“ zu sein. Von seiner Verurteilung erfuhr Türkkan durch Zeitungen und Fernsehen. Nun soll er plötzlich ein Staatsfeind sein.

„Zehneinhalb Jahre“, sagt er bedächtig. „Weil ich eine sogenannte Terrorstrafat begangen haben soll, haben sie mich zu zehneinhalb Jahren Haft verurteilt. Ich würde gern wissen, was für eine Tat das eigentlich gewesen sein soll.“ Im Urteil heißt es, wegen seines „negativen Verhaltens“ während des Verfahrens könne die Strafe nicht reduziert werden. Und weil er als Wiederholungstäter gelten müsse, werde danach „seine Bewegungsfreiheit unter Kontrolle“ gestellt.

Bereits Ende Juli war Türkkan zusammen mit zwei befreundeten, ebenfalls angeklagten Journalisten von Istanbul nach Frankfurt geflogen. Die drei Türken beteuern, dass sie kamen, um an einer Konferenz teilzunehmen, nicht um sich ins Ausland abzusetzen. Doch sie dürften geahnt haben, dass ihnen lange Haftstrafen drohten.

Auch die Kollegen, Mehmet Sabuncu und Mehmet Bozkurt, wurden am Montag wegen ihrer angeblichen Mitgliedschaft im Ergenekon-Geheimbund verurteilt, der eine zu sechs, der andere zu neun Jahren Haft. Der Oberste Gerichtshof muss ihre Urteile allerdings noch bestätigen; sie wollen vorerst in die Türkei zurückkehren. Gegen Türkkan liegt bereits ein Haftbefehl vor; er will daher in Deutschland bleiben.

Sie sind 3 von insgesamt 275 Angeklagten im spektakulärsten und zugleich umstrittensten Prozess der jüngeren türkischen Justizgeschichte. 21 Angeklagte